

Wollen Sie bis 80 arbeiten?

Rein statistisch gesehen, sind wir im Alter alle pleite. Deshalb verschwendet Dirk Herbert, diplomierter Mathematiker, auch gar keine Zeit damit, Kreuzfahrtpäne zu schmieden oder Rosenzuchtratgeber zu lesen.

"Ich werde noch mit 70 oder 75 arbeiten - und wenn es sein muss, weit darüber hinaus", sagt der 45-jährige Unternehmensberater: "Die staatliche Rentenkasse ist leer, und ein Vermögen für den Ruhestand zusammenzusparen, wiegt mich nur in falscher Sicherheit."

Der Mann vertraut allein auf sich selbst. Seine düstere Vision entspringt dem nüchternen Kalkül eines an mathematischen Modellen geschulten Gehirns. "Jede Form der Altersvorsorge", fürchtet er, "ist zum Scheitern verurteilt, weil sich das Verhältnis von Berufstätigen zu Rentnern in den nächsten Jahrzehnten dramatisch ändern wird. Die Umverteilung durch den Staat funktioniert nicht mehr, weil zu wenige junge Leute da sind, um die Alten zu finanzieren."

Aber auch Aktien, Lebensversicherungen oder Immobilien spielen in Herberts Gedankenwelt keine Rolle. Er sieht die Märkte kollabieren, wenn die Masse der künftigen Rentner ihr angespartes Kapital in 30 Jahren versilbern will.

War dies die Begegnung mit einem einsamen Fatalisten? Oder behält der Mann am Ende Recht? Müssen die heute 30- bis 50-Jährigen wirklich arbeiten bis zum Umfallen?

So grausam es klingen mag: Etliches spricht dafür. Vor allem die rapide alternde Bevölkerung. Im Jahr 2050, so hat das Statistische Bundesamt errechnet, wird jeder Dritte in Deutschland über 60 Jahre alt sein. Während heute auf 100 Personen im so genannten erwerbsfähigen Alter (20 bis 59) noch 44 Rentner kommen, werden es dann 78 sein.

Einen derart radikalen Wandel kann ein Rentensystem, das davon lebt, dass die Jungen für die Alten zahlen, kaum bewältigen.

Die Konsequenz: Die Generation der Babyboomer, die ab 2020 ihre Arbeitsplätze räumt, wird nicht nur erheblich weniger Rente bekommen, sondern auch deutlich länger arbeiten müssen. Schon für einen Durchschnittsverdiener, der sein gesamtes Arbeitsleben in die Rentenkasse eingezahlt hat, sinkt das staatliche Altersgeld von heute 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens auf voraussichtlich gerade einmal 53 Prozent im Jahr 2040 - und das gibt es nicht wie heute mit Anfang 60, sondern frühestens mit 65.

Noch härter trifft es die Leistungsträger, die schon wegen ihrer Studienzeiten in der Regel weniger in die Rentenkasse einzahlen. Wer 100 000 Euro und mehr im Jahr verdient, kann in Zukunft noch mit maximal 40 Prozent dessen rechnen, was er während seines Arbeitslebens verdient hatte.

Manager Magazin hat unabhängige Finanzfachleute gebeten, Wege aus der Rentenfalle zu suchen. Sie sollten aufzeigen, wie Gutverdienende ihren Lebensstandard im Alter sichern können, ohne bis zur Schmerzgrenze am Schreibtisch auszuharren.

Die Experten analysierten die Situation von Angestellten und Selbstständigen zwischen Anfang 30 und Anfang 50 in völlig unterschiedlichen Lebenslagen.

(...)

Die wenigsten gehen derart zielsicher mit ihrem Geld für das Alter um. Zwei Drittel der Deutschen wollen ihren Lebensabend aus der staatlichen Rente finanzieren, das ergab eine aktuelle Umfrage der Allensbach-Meinungsforscher. Dabei wissen 94 Prozent der Befragten nicht, wie hoch - oder besser gesagt wie niedrig - ihre gesetzlichen Altersbezüge ausfallen werden.

Kein Wunder angesichts einer Rentenpolitik, die vor allem Verwirrung stiftet. Erst behauptete die Regierung über Jahre hinweg, die Renten seien "sichere" (O-Ton Norbert Blüm) - um dann nach einer halbherzigen Reform den Bürgern eine ebenso komplizierte wie unattraktive private "Riester-Rente" anzudienen. Ein Produkt, das nach den Erfahrungen von Peter Hanus (56), Vorstandssprecher des Hamburger Versicherers Neue Leben, ein "totaler Reinfluss" ist - spricht: nahezu unverkäuflich.

"Die Politik bevormundet die Bürger, anstatt ihnen selbst die Wahl und Ausgestaltung ihrer privaten Vorsorge zu überlassen", klagt Claus-Michael Dill (50), Deutschland-Chef des Versicherungskonzerns Axa. Statt die Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge radikal zu vereinfachen, verfolge die Bundesregierung "den Ansatz einer völligen Überregulierung".

Schlimmer noch, die Regierenden, gleich welcher Couleur, sorgen noch nicht einmal dafür, dass das nötige Basiswissen für den Aufbau einer Altersvorsorge verbreitet wird. Die Schulen ignorieren das Thema nahezu flächendeckend.

Die Folge: Selbst der Umgang mit elementaren Formen der Geldanlage ist vielen Bundesbürgern fremd. Aktionäre, so das Ergebnis einer jüngst veröffentlichten Commerzbank-Studie, gelten als Zocker. Wer sich intensiv mit Geld beschäftigt, wird als oberflächlich und moralisch fragwürdig verachtet.

"Die Deutschen", konstatiert der Mannheimer Wirtschaftsprofessor Axel Börsch-Supan, "sind finanzielle Analphabeten." Und das gilt nicht nur für die breite Masse: "Gerade diejenigen, die gut verdienen, nehmen sich in der Regel zu wenig Zeit für ihre privaten Geldangelegenheiten", sagt Finanzplaner Friess.

(...)

Den vollständigen Artikel finden Sie im Manager Magazin vom 23.04.2004.